21. Meeresumweltsymposium: Erneut im Zwiespalt zwischen Schutz und Nutzung

Nachhaltigkeit neu denken – und definieren!

Von Burkhard Ilschner

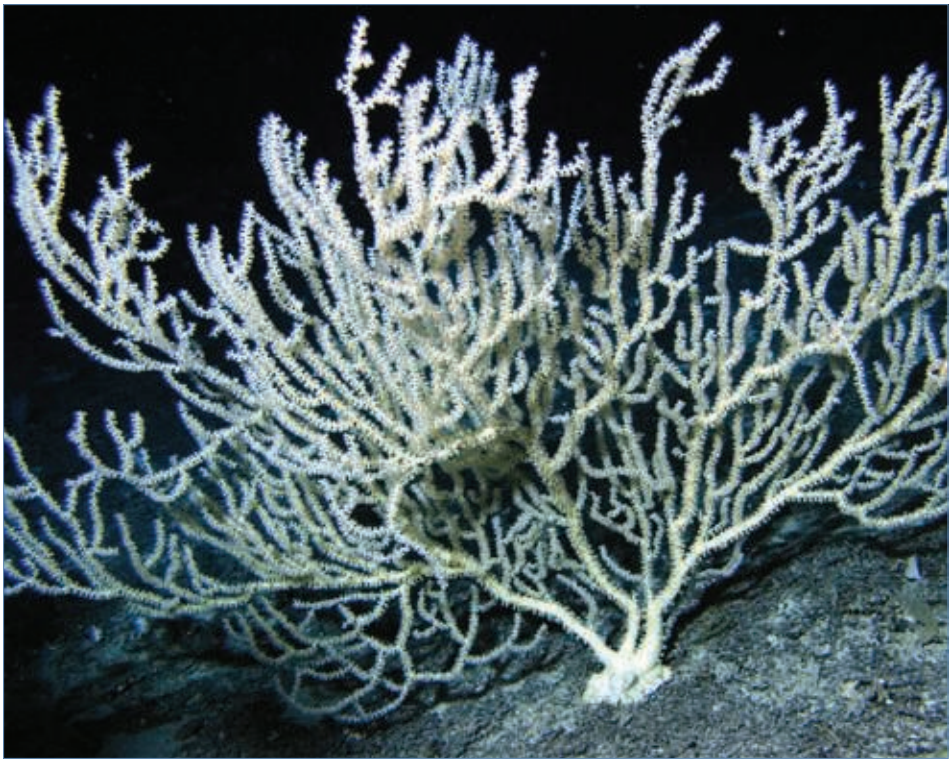
Gleich zu Beginn bewies einer Mut: Mit einer Philippika gegen zunehmende Nutzungsansprüche und unzulängliche Schutzkonzepte eröffnete der Frankfurter Zoo-Direktor Manfred Niekisch Anfang Juni das 21. Meeresumweltsymposium des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) in Hamburg. Mehr als 450 Teilnehmer hatten sich eingefunden – ein Rekord, wie BSH-Chefin Monika Breuch-Moritz erfreut feststellte.

In rund zwei Dutzend Vorträgen konzentrierte sich das schon zur Tradition gewordene zweitägige Treffen dieses Mal auf die Umsetzung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) der EU sowie auf aktuelle Fragen der Meeresüberwachung und des Meeresnaturschutzes (1). Nicht immer enthalten Referate bei diesem Symposium auch kritische Töne; die geharnischte Eröffnung von Niekisch sorgte aber von vornherein dafür, der gesamten Veranstaltung eine beachtliche Dynamik zu geben. Niekisch ist Mitglied des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU) und erinnerte nachdrücklich daran, dass es diese Expertengruppe war, die vor mehr als 30 Jahren mit ihrem Sondergutachten »Umweltprobleme der Nordsee« den Startschuss gab für erste Meeresumweltschutz-Diskussionen.

Entsprechend ernüchternd klang allerdings seine Zwischenbilanz. Von teilweise irreparablen Schäden war die Rede, von hohem Nutzungsdruck, von immer noch enormen Wissensdefiziten. Niekisch beklagte, dass die Folgen anthropogenen Handelns auf die natürliche Umwelt zu oft zu eingeschränkt oder zu einseitig untersucht und bewertet würden. Er kritisierte die Verlärmung sowie Meeresbodenschäden oder den Vogelschlag durch Bau und Betrieb von Offshore-Windparks. Explizit warnte er vor Zielkonflikten zwischen dem Drang zum Ausbau erneuerbarer Energien und den notwendigen Ansprüchen des Meeresschutzes.

Herrschende Fischereimethoden, so eine weitere Beanstandung, führten nicht nur dazu, immer massiver bislang unbekannte Tiefseearten zu fangen und zu vermarkten, was angesichts der oft langsamen Fortpflanzung alsbald zu Ausrottung dieser Arten führen könne. Niekisch stellte auch klar, dass Überfischung und die immer noch viel zu hohen Beifang-Raten nicht nur menschliche, sondern auch marine Nahrungsnetze veränderten beziehungsweise störten und so etliche Arten, die gar nicht im Fokus der Fischer seien, ebenfalls gefährdeten. Eine Wirkung von Schutzgebieten auf den Erhalt von Fischpopulationen stellte er unter Hinweis auf die natürliche Mobilität der Fische in Abrede und regte an, über neuartige Schutzkonzepte etwa durch Quotenvorteile für bestandshütende und selektiv fangende Fischer nachzudenken.

Niekisch geißelte auch die immer noch zu hohen Nährstoffeinträge und forderte unter direktem Hinweis auch auf die Landwirtschaft, Subventionen mit negativen Folgen für die Meeresumwelt zu stoppen. Die Interpretationspielräume müssten eingeschränkt und dem Naturschutz ein Vorrang eingeräumt werden, der alle anderen sektoralen Nutzungsansprüche beeinflussen könne. Mit Blick auf die nachfolgende Debatte über die MSRL konkretisierte Niekisch in diesem Zusammenhang die langjährige Kritik des SRU an der gewohnten Definition



Bedroht durch rücksichtslose Fischerei: Tiefseekoralle Keratoisis flexibilis in rund 245 Metern Meerestiefe.
Foto: Sandra Brooke / marinephotobank.org

NABU auf Fehmarn kooperiert mit lokalen Fischereigenossenschaften

Kampf dem Plastikmüll

Abfälle im Meer sind längst zu einer ernsten Bedrohung für die Ozeane geworden. Plastikflaschen und -tüten, alte Kanister, Netze oder Angelschnüre kosten jährlich zehntausende Meerestiere das Leben und verursachen erhebliche wirtschaftliche Schäden für die Gemeinden und in der Fischerei. Bereits zweimal – im Juni 2009 und im Juni 2010 – war an dieser Stelle die Rede von dem »fishing-for-litter«-Projekt der internationalen Vereinigung der Küstenkommunen (KIMO): Lokale Fischer und Fischereigenossenschaften in Schottland, Südwestengland und den Niederlanden helfen, Abfälle aus dem Meer zu entfernen und umweltgerecht in den Häfen zu entsorgen.

Da ist es selbstverständlich, auch die Fortsetzung dieser Entwicklung hier zu erwähnen, es geht um eine Initiative vom Naturschutzbund Deutschland (NABU): Auf der Ostseeinsel Fehmarn haben NABU-Aktive aus Wallnau, der Ortsgruppe Fehmarn sowie des Aktionsbündnisses gegen eine feste Fehmarnbeltquerung begonnen, mit dem Umweltprojekt »Meere ohne Plastik« in Zusammenarbeit mit Fischern, Kommunen und Abfallentsorgern innovative Lösungen für den Müll im Meer zu entwickeln. Malte Siegert stellte das inzwischen preisgekrönte und derzeit für ein Jahr geförderte Pilotprojekt – es läuft momentan auf Fehmarn und im benachbarten Heiligenhafen – beim diesjährigen Meeresumweltsymposium in Hamburg vor: Parallel zum Engagement der beteiligten Fischer, die keinen finanziellen Anreiz erhalten, sondern nur entstehende Kosten ersetzt bekommen, finden auch ein organisiertes Spülsaum-Monitoring sowie Strandsäuberungsaktionen statt. (red)

Nähere Informationen: www.kimointernational.org, http://www.nabu.de/themen/meere/plastik.

Der Fehmarner Küstenfischer Gunnar Gerth Hansen (links) und NABU-Projektleiter Kim Cornelius Detloff präsentieren stolz den ersten Müll-Fang.
Foto: NABU / Claas Schröder

nachhaltiger Entwicklung und forderte eine Neubestimmung: Statt der drei Säulen »Ökonomie – Ökologie – Soziales«, die seit mehr als 20 Jahren den Begriff tragen, solle der Nachhaltigkeit künftig ein unverrückbares Fundament »Biodiversität & Klimaschutz« gegeben werden, auf dem dann die Säulen »Ökonomie – Kultur – Soziales« aufbauten. Nur so könne gewährleistet werden, dass nichts mehr die überlebensnotwendige ökologische Basis vernachlässigen dürfe; ein Vorschlag, der sicher noch Diskussionen nach sich ziehen wird.

Der Sachverständigenrat hat bekanntlich unter dem Titel »Umweltradar« ein neues Konzept entwickelt, das die bisherigen Jahres- und Sondergutachten ersetzen soll: Niekisch kündigte an, dass der Umweltradar 2012 der MSRL und damit einmal dem Zustand der Meere gewidmet sein soll. Bis 2020, so die Vorgabe der im Sommer 2008 in Kraft getretenen Richtlinie, sollen die europäischen Meere einen so genannten »guten Umweltzustand« erreicht haben. Der Haken an der Sache ist allerdings, dass dieser gute Umweltzustand auf Grund eines komplizierten administrativen Verfahrens in diesem und im nächsten Jahr erst definiert wird – danach sind bis 2015 Maßnahmenprogramme zu entwickeln, wie das Ziel erreicht werden soll. Fritz Holzwarth vom Bundesumweltministerium stellte in seinem den Themenblock MSRL einleitenden Referat einerseits klar, dass er diese Richtlinie als nützlichen, weil rechtsverbindlichen Rahmen für das Management menschlicher Aktivitäten mit Wirkung auf die Meeresumwelt ansehe. Zugleich räumte er aber auch Schwächen ein, »Elemente, die nicht allen gefallen«; das sei Folge des politischen Prozesses, in dem die MSRL entstanden sei. Die MSRL, so Holzwarth, sei eben keine reine Naturschutz-Richtlinie, sondern eine Aufgabe, Schutz und Nutzung in Einklang zu bringen.

Wer auf Grund dessen Kompromisse und Verzögerungen für unausweichlich hält, konnte sich durch das Folgereferat von Jochen Krause vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) bestätigt fühlen: Konkrete Maßnahmen würden letztlich nur verlangt für ausgewählte Umweltziele, die auf Grund geprüfter Indikatoren als relevant einzuschätzen sind.

Der Interpretation scheinen alle Türen offen zu stehen, diesen Eindruck vermittelte auch der Göttinger Umwelt-Ökonom Falk Lauterbach, als er insbesondere die Vorgabe des Artikels 8 der MSRL erläuterte: Demnach sind bei der Anfangsbewertung ausdrücklich auch ökonomische Elemente zu berücksichtigen. Bei der Analyse der Nutzungen von Meeresgewässern seien wirtschaftliche und gesellschaftliche Aspekte ebenso relevant wie die Kosten einer Verschlechterung der Meeresumwelt. Skurriler Exkurs hierzu: Ökonomen wie Lauterbach verwenden in diesem Zusammenhang den gestelzt klingenden Begriff »Nutzenentgang« – kein Scherz, das Wort meint unter anderem auch den Verlust des Werts, dass bestimmte Arten oder Biotope nicht mehr anzuschauen sind. Als diese Zeitschrift vor 25 Jahren ins Leben gerufen wurde, hatte die Auseinandersetzung über die Frage, wo Meeresnaturschutz beginnt, ein deutlich höheres Niveau; damals galt die Ökonomisierung von Natur als Anfang von deren Ende.

Vor die intensive Diskussion über die MSRL – mit noch weiteren Beiträgen etwa über die Definition der Bewertungskriterien – hatten die Veranstalter, eine an sich viel versprechend klingende Idee, ein Experten-Streitgespräch über das Thema »Meere der Zukunft – Zukunft der Meere« auf die Tagesordnung gesetzt. Leider versickerte diese Debatte über Visionen und Strategien zur Zukunftsfähigkeit der Ozeane oder über die Frage nach der Grenze zwischen Nutzbarmachung und Zerstörung in einem eher saft- und kraftlosen Austausch bekannter Positionen: Von einem administrativ denkenden Raumplaner wie dem Hannoveraner Bernhard Heinrichs und vor allem vom ehemaligen Bundesverkehrsminister Kurt Bodewig, der heute den Titel »Maritimer Botschafter der EU« spazieren trägt, ist

nicht wirklich zu erwarten, dass sie sich ernsthaft auf Argumente eines Manfred Niekisch oder des NABU-Vertreters Malte Siegert von der Insel Fehmarn einlassen. Wobei es allerdings auch charakteristisch ist, dass etwa ein Plädoyer von Bodewig für kürzere Planungszeiten vor einem Symposium, an dem etliche naturschutzorientierte PlanerInnen teilnehmen, keinen Proteststurm auslöst: Immer schön lieb...

Immerhin geriet der zweite Tag zur spannenden Fortsetzung der MSRL-Debatte, wenngleich auch hier der Primat der Ökonomie oft umweltspezifische Aspekte erstickte. So etwa, als Manfred Zeiler vom BSH in seinen Erläuterungen zur Kartierung der Sedimentverteilung die entsprechenden Datenerhebungen wiederholt zur unerlässlichen Basis »für die Ingenieure« erklärte – Sedimentstudien für die Bauplanung von Offshore-Windparks, für Kabelverlegung, für Rohstoffexploration und anderes mehr.

Seine Präsentation konzentrierte sich vor allem auf das Verbundprojekt »Geopotenzial Deutsche Nordsee« (2). Zu dessen Projektpartnern zählen neben dem BSH und den Wirtschaftsministerien des Bundes und des Landes Niedersachsen vor allem die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover, aber auch Energiekonzerne wie E.ON, GDF-Suez RWE sowie diverse Forschungseinrichtungen. Die genannte Webseite beschreibt die Aufgabe des Projekts in schönerer Deutlichkeit als Zeiler es beim Symposium tun konnte oder wollte:

Unter der Fragestellung »Wie lässt sich der Naturraum Nordsee nachhaltig und umweltverträglich nutzen?« ist die eindeutige Antwort nachzulesen: »Die Projektergebnisse und Produkte stehen Nutzern zukünftig sowohl für die nachhaltige Entwicklung des maritimen Wirtschaftsraumes Nordsee als auch für den Schutz dieses sensiblen Naturraumes internetbasiert zur Verfügung.« Falls noch irgendwelche Zweifel an der Berechtigung der Niekisch-Forderung nach Neudefinition von »Nachhaltigkeit« bestanden haben sollten: Diese Beschreibung eines amtlichen Projekts dürfte sie ausräumen.

Justus van Beusekom von der Wattenmeerstation Sylt des Alfred-Wegener-Instituts sowie Günther Nausch vom Institut für Ostseeforschung Warnemünde referierten anschließend detailliert über die Nährstoffeinträge in Nordbeziehungsweise Ostsee. Für Wattenmeer und Deutsche Bucht stellte Beusekom fest, dass die Nährstoffeinträge über die Flüsse trotz großer jahresabhängiger Unterschiede (»trockene« Jahre, »nasse« Jahre) eine abnehmende Tendenz zeigten – seit Mitte der 1980er Jahre sei ein stetiger Rückgang von durchschnittlich zwei bis drei Prozent pro Jahr zu verzeichnen. Wegen

Mutige Worte: Frankfurts Zoodirektor Manfred Niekisch.

Erfolgsmeldung: Henning von Nordheim vom Bundesamt für Naturschutz.

Fotos (2): Burkhard Ilschner

der geringen biologischen Aktivität seien die Wintermonate am besten geeignet, Trends der Nährstoffkonzentration zu erforschen. Sowohl für Phosphat als auch für gelösten anorganischen Stickstoff sei im Winter eine signifikante Abnahme festzustellen.

Nausch konnte für die Ostsee zwar einerseits den Rückgang der Einträge bestätigen: Auf 61 Prozent bezifferte er die Abnahme der Gesamtphosphor-Einleitungen über die Flüsse in den vergangenen 25 Jahren (und verband dies mit einem Loblied auf die Investitionen in Kläranlagen), während der Stickstoffeintrag aus vorwiegend diffusen Quellen nur um 13 Prozent abgenommen habe. Andererseits konnte er aber nicht umhin, für die deutschen Küstengewässer der Ostsee und die angrenzenden Gebiete durchgehend eine hohe Eutrophierung festzustellen: Die offenen Meeresgewässer seien in einem mäßigen Zustand, küstennahe und abgeschlossene Regionen wie die Förden »schlecht« – und innere Küstengewässer wie Schlei, Bodden oder Haff wiesen einen besonders hohen Eutrophierungsgrad auf. Für die letztgenannten Regionen kritisierte Nausch die geltenden Orientierungswerte als zu niedrig und mahnte eine wissenschaftliche Überarbeitung an.

Matthias Liess vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung in Leipzig plädierte für die Entwicklung sicherer Methoden, die Wirkung von Schadstoffen auf Ökosysteme in Abhängigkeit von Klima- und Umweltfaktoren besser zu beurteilen und hier vor allem kumulative Effekte qualifiziert zu berücksichtigen. Laboruntersuchungen zur Toxizität von Schadstoffen seien in der Regel wenig aussagekräftig, weil sie die natürlichen »Umwelt-Stressoren« – je nach Region und Umständen relevante Umgebungsfaktoren – und deren Wechselwirkung mit dem fraglichen Stoff nicht angemessen berücksichtigen könnten. Liess bezeichnete vor allem die Pestizideinträge über die Landwirtschaft als nach wie vor zu hoch und stellte fest, sie trügen nachweislich zu regional verringerter Biodiversität bei.

Den abschließenden Themenschwerpunkt Meeresnaturschutz dominierte Henning von Nordheim – Fachgebietsleiter »Meeres- und Küstennaturschutz« bei der BfN-Außenstelle auf der Insel Vilm – mit seiner Erfolgsmeldung über das weltweit erste Netzwerk von Meeresschutzgebieten auf der Hohen See. Grundlage waren entsprechende Beschlüsse der gemeinsamen Konferenz der Nordostatlantik-Konvention OSPAR und der Ostsee-Konvention HELCOM im Jahre 2003 in Bremen (3): Insgesamt sechs solcher Gebiete mit einer Fläche von rund 280.000 Quadratkilometern konnten im Bereich des Nordostatlantik mittlerweile eingerichtet werden; zusammen mit 159 bereits existierenden »marine protected areas« (MPA) innerhalb nationaler Meeresgebiete mit einer Fläche von 147.000 Quadratkilometern sind damit 3,1 Prozent des Gebietes der OSPAR-Konvention unter Schutz gestellt (427.000 Quadratkilometer). Geplant ist, die Betreuung der ökologisch bedeutsamen Schutzgebiete (4) auf der Hohen See mit den wichtigsten internationalen Nutzer-Organisationen abzustimmen,

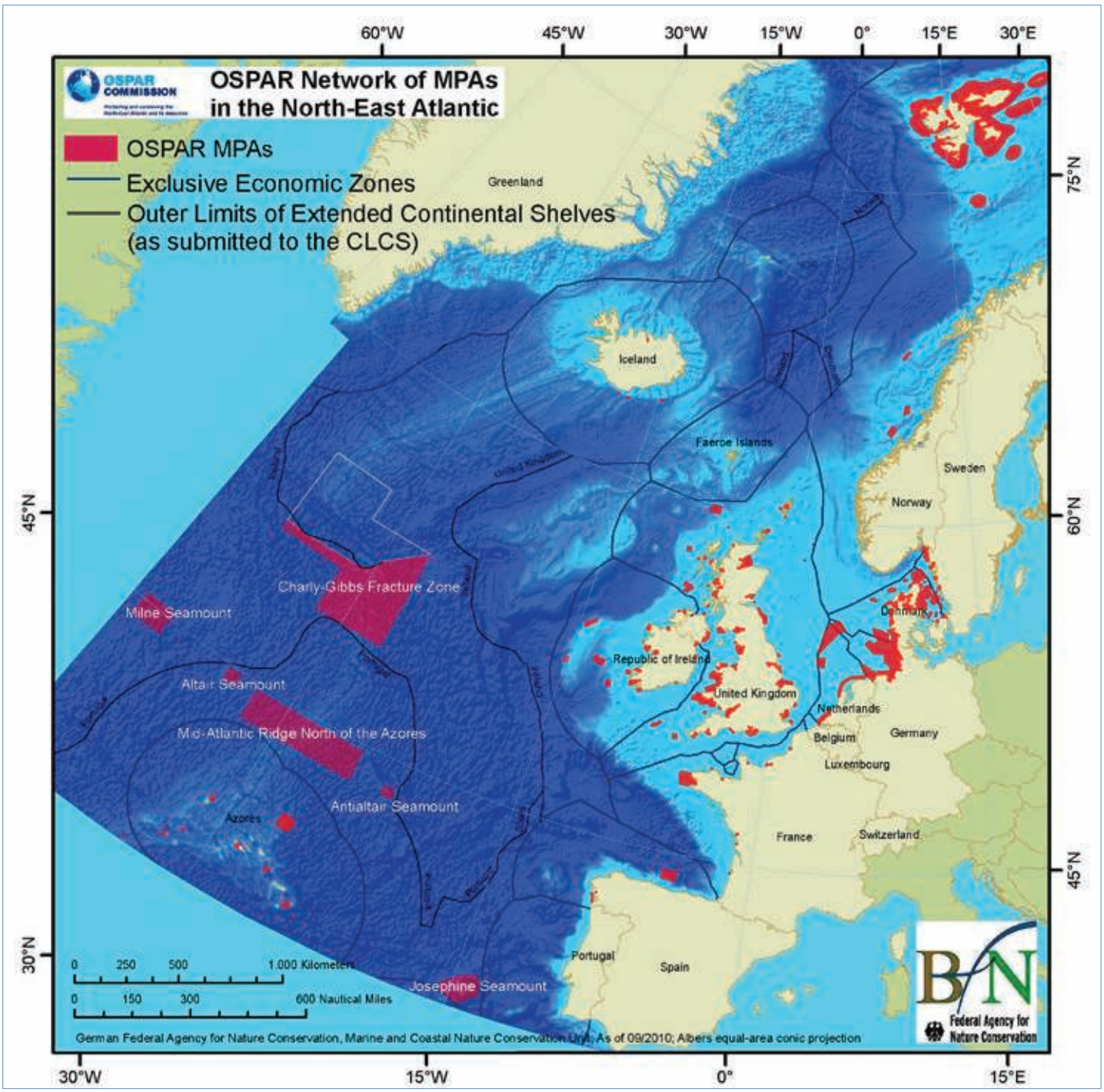
- der IMO (International Maritime Organisation, zuständig für Seeschifffahrt),
- der ISBA (International Seabed Authority, zuständig für marinen Bergbau),
- der FAO (Food and Agriculture Organisation der UN) und

– den RFMOs (Regional Fisheries Management Organisations).

Bis zum Jahr 2012 soll daraus ein Entwurf für ein weltweites marines Schutzgebietsnetzwerk in der Hohen See entwickelt werden, das unter den Vorgaben des Internationalen Seerechtsübereinkommens (UNCLOS) umgesetzt werden könnte. Anschaulich beschrieb Nordheim zwar beispielhaft sensible Seeberge, reich besiedelte Kaltwasserkorallenriffe oder vielfältige Lebensgemeinschaften. Aber er skizzierte auch Gefährdungen etwa durch Schleppnetze oder Tiefsee-Bergbau – und er schilderte eindringlich das zähe Ringen um die Errichtung dieser Schutzgebiete, das teilweise ermüdende Gerangel um tatsächliche oder angebliche nationale Rechte an definierten Kontinentalschelfen.

So gesehen, war auch Nordheims Bilanz wie das gesamte Symposium einmal mehr geprägt von Problemen und Streitigkeiten, die allesamt jener einen Wurzel zuzuordnen sind, die da Nutzungsanspruch heißt: Primat der Ökonomie eben. ◀

Anmerkungen:

1. Der Rückblick auf die Explosion der »Deepwater Horizon« sei in diesem Artikel ebenso ausgeklammert wie die wiederholte – und teilweise wiederholende – Behandlung des Themas »Schiffsemissionen«.
2. www.geopotenzial-nordsee.de
3. siehe auch WATERKANT, Jg. 18, Heft 2 / Juni 2003 (Sonderausgabe deutsch/englisch) sowie Heft 3 / September 2003, S. 5 ff.
4. http://www.bfn.de/habitatmare/de/internationale-konventionen-meeresschutzgebiets-netzwerke.php

Das Schutzgebiete-Netzwerk der OSPAR-Konvention im Nordostatlantik und angrenzenden Meeren.
Karte: Bundesamt für Naturschutz, 2011